

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 86. Sitzung

Bildungsausschuss

16. WP - 44. Sitzung

Sozialausschuss

16. WP - 48. Sitzung

am Donnerstag, dem 7. Februar 2008, 10:45 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hartmut Hamerich (CDU)

i. V. von Hans-Jörn Arp

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anette Langner (SPD)

i. V. von Anna Schlosser-Keichel

Olaf Schulze (SPD)

i. V. von Holger Astrup

Dr. Heiner Garg (FDP)

i. V. von Wolfgang Kubicki

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Monika Heinold BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

i. V. von Angelika Birk

Anwesende Abgeordnete des Sozialausschusses

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Frauke Tengler (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Peter Eichstädt (SPD)

Jutta Schümann (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

i. V. von Angelika Birk

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Ursula Sassen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einziger Punkt der Tagesordnung:

Errichtung eines Zentrums für Partikeltherapie in Kiel

Vertrauliche Vorlage des Wissenschaftsministers
Vertraulicher Umdruck 16/2814

Vorlage des Präsidenten des Landesrechnungshofs
Umdruck 16/2808

Vorlage des Finanzministers
Vorlage 16/2815

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Neugebauer, übernimmt den Vorsitz der gemeinsamen Sitzung, eröffnet die Sitzung um 10:45 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit der Ausschüsse fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Errichtung eines Zentrums für Partikeltherapie in Kiel

Vertrauliche Vorlage des Wissenschaftsministers
Vertraulicher Umdruck 16/2814

Vorlage des Präsidenten des Landesrechnungshofs
Umdruck 16/2808

Vorlage des Finanzministers
Vorlage 16/2815

Der Vorsitzende kritisiert, dass das Wissenschaftsministerium den Bericht zur Errichtung eines Zentrums für Partikeltherapie in Schleswig-Holstein nicht rechtzeitig vor der Ausschusssitzung, sondern als Tischvorlage vorgelegt hat.

M Austermann begründet die Kurzfristigkeit der Vorlage mit der Komplexität der Materie, führt in die Thematik ein (vertraulicher Umdruck 16/2814) und hebt die medizinische und wissenschaftspolitische Bedeutung des Projektes hervor, das das einzige im norddeutschen Raum sei, die Onkologie am Standort Kiel nachhaltig stärke und dessen wirtschaftliches Risiko beherrschbar sei.

Sodann stellt Herr Kampf, Projektleiter des PTZ am UK S-H, den Ausschüssen das Projekt im Rahmen einer PowerPoint-Präsentation näher vor.

Abg. Dr. Garg unterstützt das Projekt aus gesundheitspolitischer Sicht und thematisiert die Wirtschaftlichkeit des PTZ, insbesondere die Frage, ob das Land nicht dauerhaft zumindest für einen Teil der Betriebskosten aufkommen müssen.

M Austermann macht unter Bezugnahme auf die in Umdruck 16/2814 genannten Daten darauf aufmerksam, dass circa 2.800 Patienten zum Erreichen des Break-even benötigt würden.

Herr Kampf ergänzt, Grundlage für die Abschätzung der Patientenzahlen bildeten 15 Indikationen - darunter nicht das Mammakarzinom -, die das UK S-H mit den Krankenkassen vertraglich vereinbart habe.

M Austermann weist darauf hin, dass 93 % der gesetzlich krankenversicherten Patienten über ihre Krankenkasse an das PTZ gebunden wären, wenn der Vertrag mit der AOK im Frühjahr abgeschlossen worden sei.

Auf eine Frage von Abg. Herdejürgen teilt Dr. Raabe, Rechtsanwalt für das UK S-H, mit, man habe vereinbart, dass bei allen Maßnahmen der neueste Stand der jeweils verfügbaren Technik eingebaut werden müsse und neue Funktionalitäten - dann allerdings extra finanziert - eingebaut werden könnten.

Eine Frage von Abg. Eichstädt beantwortet Herr Kampf dahin, beim Partikeltherapiezentrum in München gebe es Probleme mit der Software. Der rein technische Betrieb funktioniere, seit zwei Jahren gebe es dort einen stabilen Strahl.

Die Ausschüsse nehmen eine Frage von Abg. Tengler zum Anlass, die Landesregierung zu bitten, den Ausschüssen den städtebaulichen Vertrag mit der Landeshauptstadt Kiel zuzuleiten.

Eine Frage von Abg. Weber beantwortet M Austermann dahin, er gehe davon aus, dass bei der Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel für Forschung und Lehre eine Verschiebung zugunsten der in Kiel durch die Errichtung des PTZ konzentrierten Onkologie erfolgen werde.

Abg. Koch bittet das Wissenschaftsministerium, den Ausschüssen die Modellberechnungen zur Wirtschaftlichkeit zur Verfügung zu stellen und die Höhe des jeweils aufgelaufenen Bilanzverlustes zu beziffern.

Auf eine Frage von Abg. Schümann teilt Herr Kampf mit, in der Wirtschaftlichkeitsberechnung habe man keinen Unterschied zwischen gesetzlich Versicherten, privat Versicherten oder ausländischen Patienten gemacht. 15 % der Patienten am UK S-H seien Selbstzahler.

Abg. Dr. Klug bittet den Landesrechnungshof um Stellungnahme zur Wirtschaftlichkeit des Projekts und das Wissenschaftsministerium um Stellungnahme zu der Feststellung, dass sich die Investitionskosten von ursprünglich von 140 Millionen auf jetzt 250 Millionen € erhöhten

und die für die Rentabilität des PTZ notwendige Patientenzahl von im Bildungsausschuss vor einem halben Jahr genannten 1.215 Patienten auf jetzt 2.800 Patienten heraufgesetzt werde.

M Austermann weist darauf hin, dass man ursprünglich von einer anderen Struktur der Behandlungsmethode und einer anderen Finanzierungsform ausgegangen sei. Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg teilt er mit, der Personalbedarf des PTZ in Höhe von rund 140 Vollkräften solle durch im UK S-H vorhandenes Personal und im Umfang von 60 Vollkräften durch neu einzustellendes Personal gedeckt werden.

Abg. Heinold fragt, wie groß die Wahrscheinlichkeit sei, dass die Gewährträgerhaftung des Landes tatsächlich in Anspruch genommen werden müsse, und warum die Annahmen zur Auslastung des PTZ gegenüber der Unterausschusssitzung vom 21. November 2007 zurückgeschraubt worden seien.

M Austermann stellt klar, wenn sich die Rechtsform des Universitätsklinikums nicht ändere, gelte die übliche Gewährträgerhaftung des Landes für das UK S-H. Er gehe auf der Grundlage des base case - 2.800 Patienten jährlich - davon aus, dass sich das PTZ mittelfristig rechne.

P Dr. Altmann bekräftigt die in der Beratenden Äußerung des Landesrechnungshofs vom April 2007 niedergelegte kritische Stellungnahme des Rechnungshofs. Die Kalkulation berge erhebliche Risiken sowohl bei der Entwicklung der Patientenzahl als auch bei der Entwicklung der Personal- und Sachaufwendungen. Das Betriebs- und Auslastungsrisiko liege beim Land als Gewährträger. Nach dem Modell base case werde das PTZ bis zum Jahr 2018 Verluste einfahren. Der Rechnungshof habe die Sorge, dass die gemeinsamen Bemühungen hinsichtlich der Sanierung des UK S-H mit diesem neuen Mühlstein nicht erfolgreich sein würden.

M Austermann weist noch einmal auf die gesundheitspolitische Bedeutung des PTZ hin, dessen wirtschaftliches Risiko kalkulierbar sei. Eine Reihe von Einrichtungen und Sachverständigen, unter anderem die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers, bestätigten, dass die der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zugrunde gelegten Patientenzahlen aus Norddeutschland und Südkandinavien realistisch seien.

Auch Abg. Schümann unterstützt die Errichtung des PTZ und stellt gesundheitspolitische Erwägungen in den Vordergrund. Man dürfe keine Chance vertun, die Volkskrankheit Krebs zu bekämpfen.

Abg. Dr. Garg stellt nicht das gesundheitspolitische Anliegen, sondern den Standort und die Frage der Wirtschaftlichkeit infrage vor dem Hintergrund, dass es in Deutschland bereits vergleichbare Zentren gebe.

M Wiegard macht abschließend deutlich, dass bei der Errichtung des PTZ, einer der größten investitions- und unternehmerischen Entscheidungen im Lande, nach Auffassung der Landesregierung die Chancen der Behandlung von Krebspatienten die wirtschaftlichen Risiken überwögen. Über ein Schreiben der Bietergemeinschaft vom 7. Februar 2008, auf die zusätzliche Garantieerklärung verzichten zu wollen, werde er den Finanzausschuss in der nächsten Sitzung näher informieren.

Die Ausschüsse nehmen die Umdrucke 16/2808, 16/2814 und 16/2815 zur Kenntnis. M Ausermann und M Wiegard sagen für die Landesregierung zu, die Ausschüsse in Sachen Partikeltherapiezentrum auf dem Laufenden zu halten.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 12:20 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender des Finanzausschusses

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer